



Brüssel, 11. Juli 2012

**Hermann Winkler, Markus Pieper, Joachim Zeller (EVP/CDU):**

**EU-Strukturfonds: Unseriöse Abstimmung im Europaparlament**

**Sicherheitsnetz für neue Bundesländer / Zwischenkategorie weiter umstritten /  
Disput im Regionalausschuss des EU-Parlaments zu Finanzperiode 2014-2020**

Im Zuge der Verhandlungen über die künftigen EU-Strukturfonds kritisieren Europaabgeordnete mangelnde Transparenz. Für den größten Haushaltsbereich von 2014 bis 2020, die 360 Milliarden umfassende Regional- und Kohäsionspolitik, verhandeln die Vertreter des Parlaments mit Kommission und Rat jetzt auf Basis einer umstrittenen Abstimmung im Ausschuss und ohne Plenarvotum. Deutsche Abgeordnete werfen den Verhandlungsführern und der Ausschussvorsitzenden, Danuta Hübner, eine unzureichende Rückkopplung mit den Abgeordneten im Ausschuss für regionale Entwicklung vor. Ein Antrag auf Verschiebung scheiterte jedoch.

Dennoch gab es aus sächsischer Sicht auch Positives zu berichten: "Mit der Zustimmung zur Ausweitung des 'Sicherheitsnetzes' auf die aus der Höchstförderung ausscheidenden Regionen konnten wir für Sachsen und insbesondere für Leipzig dennoch einen wichtigen Erfolg erringen.", so der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler. Damit sei die vordergründige Gefahr eines abrupten Endes der Förderung sowie einer Zersplitterung der Förderkulisse in Sachsen gebannt.

In einer gemeinsamen Erklärung der drei deutschen CDU-Ausschussmitglieder Herrmann Winkler, Markus Pieper und Joachim Zeller heißt es weiter: "Mehr als 2500 Änderungsanträge für vier Strukturfonds-Verordnungen wurden innerhalb von nur zehn Tagen durchgepeitscht. Da nur in kleinsten Zirkeln der Berichterstatter verhandelt wurde, konnten Ausschussmitglieder ihre Anregungen nicht einbringen." "Dass nach den informellen Trilog-Verhandlungen der Ausschuss und das Parlament nur noch 'ja' oder 'nein' sagen können, empfinden wir als Skandal", so Joachim Zeller, stellvertretender regionalpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. "Eine Abstimmung im Ausschuss gleich nach der Sommerpause hätte ohne Zeitverzug den Druck aus dem Kessel genommen", so Hermann Winkler und sein CDU-Kollege Markus Pieper.

„Fortschritte hat es auch bei den Mittelerrhöhungen für Grenzregionen gegeben. Noch nicht zufriedenstellend sind hingegen die im Sozialfonds vorgesehen Quotenbindungen für reichere Regionen und die unzureichende Konzentration auf Wachstumsbereiche in den ärmeren Regionen. Wir bestehen auf entsprechenden Nachverhandlungen. Ansonsten können wir den Verordnungen nicht zustimmen", sagten Winkler, Pieper und Zeller.

Für weitere Informationen:

Felix Döhler  
Büroleiter des Europaabgeordneten Hermann Winkler  
Tel.: 0341 – 993 90 96  
Mobil: 0177 – 83 50 471